

Koalition für eine humanitäre Schweiz
Postfach 8154, 3001 Bern
www.asylgesetz.ch

Pressemitteilung

14. August 2006

Das neue Asylgesetz ist menschenverachtend, nutzlos und teuer

Die Koalition für eine humanitäre Schweiz lancierte heute ihre Kampagne gegen das Asylgesetz

Die in der Koalition für eine humanitäre Schweiz vereinigten 36 Hilfswerke, NGOs, Kirchen, Frauen- und Jugendverbände, Menschenrechts- und Kinderschutzorganisationen sowie Institutionen der Zivilgesellschaft starten heute ihre Abstimmungskampagne gegen das revidierte Asylgesetz. Für sie ist das neue Gesetz menschenverachtend, nutzlos und teuer. An ihrer Medienkonferenz stellten sie auch die von den Befürwortern des Gesetzes gegenwärtig verbreiteten Fehlinformationen richtig. Eine „falsche Heilversprechung“ nannte der Vertreter der Bischofskonferenz die Behauptung, mit dem Gesetz könne der Missbrauch gestoppt werden. Ein schnell wachsendes Personenkomitee unterstützt den Abstimmungskampf der Koalition in der ganzen Schweiz.

Das neue Asylgesetz ist menschenverachtend, trifft die Falschen, fördert die Illegalität, produziert Leerlauf, überfordert die Kantone, kurz: kostet viel und nützt nichts! So bringt die Koalition für eine humanitäre Schweiz ihre Ablehnung des revidierten Gesetzes auf den Punkt.

Es ist menschenverachtend, weil es Menschen, die in der Schweiz Schutz suchen, wie Verbrecher behandelt.

Es trifft die Falschen, weil es Missbrauchern egal ist, ob auf ihr Asylgesuch eingetreten wird oder nicht; ohne Papiere können sie sowieso nicht ausgewiesen werden. Hunderte von echten Flüchtlingen, die naturgemäss ohne Papiere, bei Nacht und Nebel, ihr Land verlassen müssen, bringt es aber in Gefahr.

Es fördert die Illegalität, weil es Menschen, die nicht geordnet ausreisen können oder wollen, dazu zwingt, unterzutauchen und sich „durch zu mischeln“.

Es verschiebt die Lösung der echten Probleme auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, weil es die einzig wirksamen Mittel für die Rückführung von abgewiesenen Asylsuchenden – Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsstaaten, verbesserte Zusammenarbeit mit der EU und Rückkehrhilfen – überhaupt nicht in Betracht zieht.

Die Koalition für eine humanitäre Schweiz ging an ihrer Medienkonferenz auch auf die Fehlinformationen ein, die die Befürworter des Gesetzes zurzeit verbreiten. Sie nahm unter anderem Stellung **zu drei Behauptungen, die so nicht stimmen:**

- Im Gegensatz zu dem, was die Befürworter unterstellen, sind die jüngsten Verschärfungen des Asylgesetzes nicht verfassungs- und völkerrechtskonform. Dies belegen nicht nur die Analysen des Menschenrechtskommissars des Europarats und der Staatsrechtler Jörg Paul Müller und Walter Kälin, sondern auch die Beurteilungen, die der Gesamtbundesrat selber vor den massiven Eingriffen von Christoph Blocher vornahm.

- Im Gegensatz zu dem, was die Befürworter verbreiten, ist die Schweizer Gesetzgebung härter als jene anderer Staaten. Der Entwurf der EU-Richtlinie erlaubt Ausschaffungshaft nur als letztes Mittel und für maximal ein Jahr. Das neue Gesetz sieht bis zu zwei Jahren Ausschaffungshaft vor.
- Im Gegensatz zu dem, was das Bundesamt für Migration behauptet, hat es bei den 530'000 Asylgesuchen, die es seit 1964 prüfte, weit mehr als nur einen Fehlentscheid gegeben. Das weiss auch das Bundesamt aus seinen eigenen Akten.

Kirchen und Hilfswerke erinnerten an der Medienkonferenz daran, dass sie die Wirklichkeit von Asylsuchenden und Flüchtlingen kennen. Im Gegensatz zu den vielen der PolitikerInnen, die das Gesetz verantworten, haben sie im Alltag mit den Betroffenen zu tun. Auf den Vorwurf von Bundesrat Christoph Blocher, die Kirchen seien heuchlerisch, antwortete als Vertreter der Bischofskonferenz der Theologe und Ethiker Thomas Wallimann, die christliche Überzeugung gelte nicht nur für die Sonntagspredigt: „In unseren Pfarreien und Hilfswerken begleiten zahlreiche Menschen Asylsuchende.“ Und: „Am 24. September geht es um Politik. Politik bedeutet für uns nicht Partei-Politik, sondern Mitgestaltung des Zusammenlebens. Diese Mitsprache gehört für das Christentum und die Kirchen als Organisationsform von Christinnen und Christen zu den Kernaufgaben und den Prüfsteinen des Glaubens.“

Weitere Informationen

Daniel Bolomey: 079 370 74 77

Ueli Mäder: 061 267 28 17

Jürg Schertenleib: 078 824 25 95

Thomas Wallimann: 044 271 00 32

Ursula Dubois (Kampagnenleitung): 079 253 13 64

Die genauen Redebeiträge und sämtliche weiteren Dokumente zur Pressekonferenz unter: www.khs-csh.ch/2006/08/14/PK3